

## **Aufruf zu einer Weltweiten Lesung für eine neue Drogenpolitik am 24. November 2018\***

Die Peter-Weiss-Stiftung für Kunst und Politik ruft kulturelle und politische Institutionen, Schulen, Universitäten, NGOs, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen, Medien und interessierte Personen auf, sich an einer Weltweiten Lesung für ein Ende des katastrophalen Drogenkrieges und eine neue Drogenpolitik zu beteiligen, die ein Plädoyer für die Entkriminalisierung der Drogenkonsumenten und zeitgemäße Kontrollstrategien für einen Zugang von Drogen darstellt.

Gelesen werden sollen die Empfehlungen der „Global Commission on Drug Policy“, die 2011 und 2017 publiziert wurden und online unter <http://www.globalcommissionondrugs.org/reports/the-war-on-drugs/> und <http://www.globalcommissionondrugs.org/reports/changing-perceptions/>

in verschiedenen Sprachen abrufbar sind.

---

Der 1971 von Richard Nixon ausgerufene "War on Drugs" ist verloren - zu diesem Ergebnis kommen Tausende NGOs, Politiker und Wissenschaftler rund um den Globus - so auch die o.g. Global Commission, in der neben Ex-Staatsoberhäuptern auch Kofi Annan und Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa sitzen.

Die weltweiten Versuche, bestimmte Drogen zu verbieten und zu ächten, sind über 100 Jahre alt: Während der ersten Internationalen Opiumkonferenz 1912 wurde eine Opiumkonvention verabschiedet, die 1919 im Rahmen des Versailler Vertrages in Kraft trat. Im Laufe der Jahre wurden mehr und mehr psychoaktive Substanzen diesen Verträgen unterstellt. 1961 haben sich schließlich die meisten Staaten dieser Erde im Einheitsabkommen über die Betäubungsmittel [https://en.wikipedia.org/wiki/Single\\_Convention\\_on\\_Narcotic\\_Drugs](https://en.wikipedia.org/wiki/Single_Convention_on_Narcotic_Drugs) dazu verpflichtet, die Verfügbarkeit von Betäubungsmitteln gesetzlich einzuschränken. Nur für wissenschaftliche oder medizinische Zwecke können Ausnahmen erlassen werden. Über 100 Jahre Versuche globaler Drogenkontrolle sollten Anlass genug sein, um eine umfassende Bilanz zu ziehen: Was ist erreicht worden? Was sollte erreicht werden, was wollte man gar nicht und was kann man gar nicht erreichen? Wer sind die Nutznießer dieser Prohibitions politik, welche Hürden stehen einer Regulierung psychotroper Substanzen im Wege, und wie können sie überwunden werden? Die "Global Commission on Drug Policy" kommt in ihrem Bericht zum Ergebnis, dass die Verbotspolitik nicht den gewünschten Erfolg brachte: Trotz des weltweiten Verbots sind Drogen überall und leicht erhältlich - selbst in Gefängnissen. So stieg der weltweite Konsum von Opiaten zwischen 1998 und 2008 um 34,5 Prozent, der von Kokain um 27 Prozent und der von Cannabis um 8,5 Prozent. Die Prohibition stabilisiert weltweit illegale Drogenmärkte und sichert der Organisierten Kriminalität unglaubliche Profite. Dabei könnten mit einer Legalisierung des Verkaufs bestimmter Drogen hohe Steuereinnahmen realisiert werden mit der - ähnlich wie bei den legalen Drogen Tabak und Alkohol - Aufklärungsarbeit und Prävention finanziert werden könnten. Zudem würde mit diesem Schritt der illegale Drogenhandel stark reduziert und die damit einhergehenden Verbrechen deutlich minimiert werden.

Die Prohibition und die Organisierte Kriminalität weite Teile der Welt in Atem halten. Angesichts des eskalierenden Drogenkrieges, sichtbar vor allem in Mexiko und in anderen Staaten Lateinamerikas, weiten Teilen Südamerikas und Asiens, kommt es zu drogeninduzierten geopolitischen

Verschiebungen: Einzelne Volkswirtschaften sind komplett vom Handel mit Drogen abhängig, einige Länder sind als ‚failed states‘ zu bezeichnen, weil sie sich in den Händen der Organisierten Drogenkriminalität befinden. Vor allem labile Demokratien sind machtlos gegen die Gewalt der brutalen und bestens ausgerüsteten Drogenmafias.

Die Vereinten Nationen (UN) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sprechen von mehreren hunderttausend Toten, die im ‚Krieg gegen die Drogen‘ getötet werden. Vermehrt wird auch die Todesstrafe im Anti-Drogenkampf angewendet: Amnesty International hat dokumentiert, dass 2017 15 Länder Todesurteile wegen Drogenvergehen verhängten oder vollstreckten. Zehn von 16 Staaten Asiens sprachen im vergangenen Jahr bei Drogendelikten die Todesstrafe aus. Mit 264 Hinrichtungen wurden 2017 in Nordafrika und dem Mittleren Osten so viele Menschen wegen Drogenstraftaten hingerichtet wie in keiner anderen Region der Welt. Auf den Philippinen ist seit der Wahl Rodrigo Duterte der »Krieg gegen Drogen« eskaliert, der eine Lynchjustiz durch die Bevölkerung und Polizei freigegeben hat. Die Anzahl der extralegalen Hinrichtungen ist sprunghaft gestiegen. Betroffen sind vor allem Bewohner der Armenviertel. Ins Visier der staatlichen Killer geraten auch Anwälte, Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, sozial und kirchlich engagierte Menschen oder Personen, die einfach »nur« zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Damit wird offensichtlich: Systematische Menschenrechtsverletzungen und eine Destabilisierung der Demokratie sind wesentliche und zwangsläufige Folgen der Prohibition. Zuletzt hat US-Präsident Trump die Todesstrafe für Drogendealer gefordert. Wie viele Menschen müssen noch in diesem Drogenkrieg sterben, wie viele Menschen müssen noch als Kollateralschäden bezeichnete Gesundheitsschädigungen erleiden?

Angesichts der immer noch steigenden Aufrüstung im "Krieg gegen die Drogen" und dem Versuch, die Bevölkerung glauben zu machen, dieser Krieg sei noch zu gewinnen, wird die Frage nach der Sinnhaftigkeit der gewaltsamen Auseinandersetzungen und der Prohibition als solcher immer häufiger gestellt. Weltweit fordern viele Initiativen, Verbände, Parteien und namhafte Personen andere als strafrechtliche Drogenkontrollmodelle und verweisen auf die vielen Schäden der gegenwärtig repressiv dominierten Drogenpolitik.

Die weltweit umspannende Prohibition hat vor allem erreicht, dass Drogenabhängige und/-konsument\*innen bestraft, stigmatisiert und diskriminiert werden. Sie sind zuallererst Straftäter\*innen und nicht Menschen, denen therapeutisch geholfen werden müsste, wenn sie abhängig sind, oder deren Entscheidung für den Konsum bestimmter Drogen akzeptiert werden muss. Konsument\*innen bestimmter - illegaler - Drogen werden von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen, sie werden sozial ausgegrenzt und gesundheitlichen Risiken ausgesetzt werden. Allein die Kriminalisierung führt dazu, dass Menschen bei dem Versuch ein 'normales Leben' zu leben, ihre Abhängigkeit oder ihren Genuss zu befriedigen auf der einen Seite den Strafverfolgungsbehörden und dem Schwarzmarkt auf der anderen Seite ausgeliefert sind. Die Prohibition führt dazu, dass Menschen durch gestreckte Drogen gesundheitlichen, und durch Strafverfolgung sozialen und rechtlichen Risiken ausgesetzt werden. Beide Risiken sind vermeidbar durch eine intelligente Drogenkontrollpolitik, in welcher der Verbraucher- und Jugendschutz, sowie eine auf wissenschaftlichen Fakten basierende Gesundheitsstrategie im Mittelpunkt stehen.

Das Ziel jeder Drogenpolitik sollte eine Verhinderung und Reduzierung von Schäden durch den Konsum psychotroper Substanzen sein, die Entwicklung lebensweltnaher und zielgruppenspezifischer Aufklärung sowie die Verhinderung der Stigmatisierung von Drogen konsumierenden Menschen. Sie sollten auch grundsätzlich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen teilhaben und sie mitgestalten können, unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter.

Dabei geht es um die gesundheitlich-sozialen Lebensbedingungen der Konsument\*innen, sowie auch um eine Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit aller präventiven Bemühungen angesichts der doppelbödigen Prohibition von Drogen. Aber es sind auch grundsätzliche gesellschaftliche Werte bedroht; Freiheiten werden eingeschränkt, die in keinem nachvollziehbaren und verhältnismäßigen Maß zu den intendierten Zielen und vor allen Dingen nicht zu den 'Erfolgen' des Drogenverbots stehen, Menschenrechte werden verletzt.

Wir sollten also beginnen, Drogengebrauch als Realität der menschlichen Kultur wahr- und ernst zu nehmen. Drogen erfüllen vielfältige Funktionen, um den Alltagsanforderungen gerecht zu werden, um Belastungen zu kompensieren, um Genuss zu erleben etc. Trotzdem sollten wir stärker die Ursachen für Drogengebrauch allgemein und Abhängigkeit von Drogen im Besonderen in den Mittelpunkt von Gesundheitspolitik und Forschung stellen: Lebens- und Arbeitsbedingungen müssen auf ihre abhängig machenden Strukturen untersucht und verändert werden, die Gesundheitsgefahren durch unkalkulierbare Reinheitsgehalte der Drogen müssen abgebaut werden und Menschen müssen besser aufgeklärt werden. Die Verbotspolitik blockiert jedoch eine offene und ehrliche Auseinandersetzung über den Umgang mit Drogen in unserer Gesellschaft und eine Auseinandersetzung mit den Hintergründen von Abhängigkeit.

Drogenprobleme müssen gesundheits- und nicht strafrechtspolitisch behandelt werden. Was als erstes gemacht werden könnte ist die Einsetzung von nationalen Enquete-Kommissionen, die aus unabhängigen Expert\*innen bestehen, und die untersuchen, welche Wirkungen, und welche (unbeabsichtigten) Nebenwirkungen die Prohibitionspolitik jeweils haben: Was sind die Kosten und die Schäden der Prohibition? Wie leiden die Konsument\*innen und Abhängigen illegaler Drogen unter dem Drogenverbot? Wie sind freiheitliche Werte und demokratischen Strukturen in Mitleidenschaft gezogen worden? Welche weiteren Kollateralschäden sind zu verzeichnen?

Zudem müssen wir Drogenkonsument\*innen möglichst unverzüglich entkriminalisieren! Ihnen sollten vor allem Beratung und Behandlung angeboten werden, so wie das in Portugal bereits gemacht wird. Der Umgang mit Mengen zum Eigenbedarf steht dort schon seit 2001 nicht mehr unter Strafe - ohne dass Portugal im 'Drogensumpf' versunken wäre. Den größten Teil (etwa 75%) der über 300.000 Rauschgiftdelikte z.B. in Deutschland machen sogenannte 'konsumnahe Delikte' aus, d.h. es geht um Mengen zum Eigenbedarf. Es braucht eine rationale Drogenpolitik, die auf

wissenschaftlicher Evidenz und der Achtung von Menschenrechten basiert, statt auf dem mittlerweile ein Jahrhundert alten Glauben an die Durchsetzbarkeit allgemeiner Drogenverbote.

Entrüsten Sie sich! Unterzeichnen Sie den Aufruf und nehmen Sie an der weltweiten Lesung teil! Für ein Ende des Drogenkrieges: Drogenkonsument\*innen müssen entkriminalisiert werden und der Zugang zu Drogen durch intelligente Kontrollstrategien mit legalen Mitteln reguliert werden.

Wenn es Ihnen möglich ist, eine Lesung in Ihrem Ort zu organisieren, schreiben Sie bitte an:  
[worldwidereading@literaturfestival.com](mailto:worldwidereading@literaturfestival.com)

Wir werden im Vorfeld des 24. November auf der Website [www.worldwide-reading.com](http://www.worldwide-reading.com) die angemeldeten Lesungen kommunizieren und danach berichten.

\*An diesem Tag beginnt in diesem Jahr die bedeutendste Buchmesse Lateinamerikas in Guadalajara, Mexiko